

„Mich reizen die Gestaltungsmöglichkeiten in der ASG“

StS. a. D. Dr. Martin Wille über seine Motive, den ASG-Vorsitz zu übernehmen, Ansätze für eine erfolgreiche ländliche Entwicklungspolitik und Widersprüchlichkeiten in der Brüsseler Mitteilung zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Herr Dr. Wille, Sie sind vor einigen Jahren aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium ausgeschieden. Seither war es stiller um Sie geworden. Was haben Sie unternommen, im politisch-administrativen Bereich?

Wille: Es ist jetzt genau acht Jahre her, dass ich von Frau Künast in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde. Wenige Tage nach meiner Verabschiedung bin ich gebeten worden, im Kuratorium der QS Qualität und Sicherheit mitzuwirken. 2009 habe ich mich aus dem Kuratorium verabschiedet. In den Jahren 2003/04 übernahm ich einen BMELV-Beratervertrag für den bulgarischen Landwirtschaftsminister, der anschließend in ein GTZ-Projekt zur Errichtung einer Landgesellschaft in Bulgarien übergang. Ferner wurde ich gebeten, GTZ-Projekte der ländlichen Entwicklung in Albanien zu evaluieren. Von 2004 bis 2007 war ich auf Vorschlag des BMELV deutsches Mitglied der fünfköpfigen Schlichtungsstelle, die bei der EU-Kommission angesiedelt ist und bei Beschwerden der Mitgliedsstaaten gegen von der Kommission verhängte Anlastungen vermitteln soll. In der Regel gab es da nicht viel zu vermitteln. In der überwiegenden Zahl der Fälle bestand die EU-Kommission eingedenk kritischer Aufsicht durch den Europäischen Rechnungshof auf ihrem Standpunkt mit der Folge, dass die Mitgliedsstaaten ihre Beschwerden vielfach direkt an den Europäischen Gerichtshof weiterleiteten. Mit Blick auf die Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume nach 2013 empfehle ich, sich die Urteile und Bewertungen



Foto: M. Busch

von Rechnungs- und Gerichtshof einmal näher anzusehen und in künftige Entscheidungen einfließen zu lassen. Es macht jedenfalls wenig Sinn, das Regelwerk der Gemeinsamen Agrarpolitik so kompliziert zu gestalten, dass es in vielen Mitgliedsstaaten und Regionen nicht mehr administriert werden kann mit der Folge, dass die Fördermittel von der Kommission in Form von Anlastungen wieder einkassiert werden müssen. Zu guter Letzt sei erwähnt, dass ich in den Jahren 2003 bis 2009 beim SPD-Parteivorstand stellvertretender Vorsitzender der Kommission Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft war und später den Vorsitz des Gesprächskreises Landwirtschaft und ländliche Räume übernahm.

Was hat Sie bewogen, den Ruhestand zumindest ein Stück weit aufzugeben und ASG-Vorsitzender zu werden?

Wille: Hans-Hermann Bentrop hat mich vor etwa einem halben Jahr angerufen und gefragt, ob ich mir vorstellen könnte,

als ASG-Vorsitzender anzutreten. Da ich weder ja noch nein sagte, rief er mich ein Vierteljahr später wieder an, um mir zu signalisieren, dass sich Vorstand und Kuratorium mit meiner Kandidatur anfreunden könnten. Dann habe ich schließlich ja gesagt, zumal ich inzwischen in mich gegangen war und mich Gestaltungsmöglichkeiten in der ASG reizen.

Mit 69 Jahren stehen Sie nicht für einen Generationswechsel im ASG-Vorstand. Sehen Sie sich selbst als Übergangsvorsitzender?

Wille: Vom Alter her stehe ich wahrhaftig nicht für einen Generationswechsel. Aber deshalb sehe ich mich noch lange nicht als Übergangsvorsitzender. Was heißt das überhaupt? Übergang wohin und zu wem? Also, ich möchte nicht als „lame dug“ antreten, sondern den Versuch machen, gestaltend zu wirken und Einfluss zu nehmen. Ich will mich anstrengen und würde gern die Attraktivität der ASG für Jüngere und bisher außerhalb der ASG stehende gesellschaftliche Gruppen erhöhen.

Sie sind seit vielen Jahren mit der Agrarpolitik vertraut, haben sie teilweise selbst mit gestaltet. Wie haben Sie die ASG in dieser Zeit wahrgenommen? Wo sehen Sie deren Stärken und Schwächen?

Wille: Als ich Ende der 60er Jahre meine Diplomarbeit zum Thema Altershilfe für Landwirte im Zuge des landwirtschaftlichen Strukturwandels schrieb, habe ich häufig aus der Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen zitiert. Namen wie Tassilo Tröscher, Diether Deneke und Klaus Peter Bruns sind mir seit dieser Zeit vertraut. Mit der ASG verbinde auch ich wie viele andere das Entstehen einer eigenständigen sozialen Sicherung für Landwirte in Deutschland, genauso wie Forderungen nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer. Mein verehrter Doktorvater Günther Schmitt pflegte gute Kontakte zur ASG und begleitete in meiner Erinnerung ihre Aktivitäten in Richtung einer sektorübergreifenden Strukturpolitik überwiegend positiv. Diese Haltung hat auch uns, seine Schüler, stark eingefärbt. So habe ich wahrgenommen, wie das „Agrarsoziale“ in der Arbeit der Gesellschaft zunehmend in den Hintergrund getreten ist und durch das ersetzt wurde, was mit integrierter ländlicher Entwicklungspolitik glaube ich treffend umschrieben wird. Dass dies auf den jährlichen Frühjahrstagungen der ASG immer wieder anschaulich und anschaulich geworden ist, sehe ich als Stärke der ASG, die ich gern erhalten wissen möchte. Schwächen? Natürlich gibt es Schwächen.

Sie wurden in der letzten Kuratoriumssitzung vor meiner Wahl angesprochen, worauf ich mit dem Angebot einer Strategiediskussion über die ASG der Zukunft reagiert habe.

Sie gelten als ausgewiesener Experte und Vordenker in der Agrarpolitik. In der ländlichen Entwicklungspolitik sind Sie eher ein unbeschriebenes Blatt. Was ist Ihr Ansatz für eine erfolgreiche Politik zugunsten ländlicher Räume?

Wille: In der Tat, wenn ich meine Veröffentlichungen ansehe, wenn ich meine Reden als Staatssekretär Revue passieren lasse und die sonstigen Aktivitäten betrachte, ist das Blatt für ländliche Entwicklungspolitik weniger beschrieben. Man möge daraus bitte nicht die Schlussfolgerung ableiten, unter meinem Vorsitz würde das Agrarische in der ASG wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. Das habe ich nicht vor; es würde meinen Erfahrungen und Überzeugungen widersprechen. Zu meinem Ansatz für eine erfolgreiche Politik zugunsten ländlicher Räume erlaube ich mir den Hinweis auf Diskussionen, die wir in den letzten Jahren im SPD-Parteivorstand geführt haben. Zwei Punkte greife ich heraus: Einmal wollten wir eine deutlich stärkere 2. Säule der EU-Agrarpolitik. Zum andern habe ich mich im nationalen Bereich dafür ausgesprochen, das Gemeinschaftsaufgabengesetz zu novellieren und in Richtung einer GA zur integrierten ländlichen Entwicklung auszubauen. Weil man meinte, dazu sei eine Grundgesetzänderung erforderlich, ist das nicht weiter verfolgt worden. Ich bleibe dabei: In Deutschland sollte in Verbindung mit der neuen EU-Politik nach 2013 eine politische Diskussion über die Neugestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ stattfinden. Mit dieser Diskussion sollte jetzt begonnen werden, um rechtzeitig Einfluss auf die für 2011 angekündigten Legislativvorschläge der EU-Kommission zu „Die GAP bis 2020“ nehmen zu können. Denn die Mitteilung der Kommission vom 18. November 2010 ist in vielen entscheidenden Punkten unverbindlich, auslegbar und – ich erlaube mir die Wertung – widersprüchlich geblieben. Noch kann und noch sollte Einfluss genommen werden.

Die ASG hat sich in der Vergangenheit unbestrittene Verdienste erworben. Wozu wird sie aber in Zukunft noch benötigt?

Wille: Mit dieser Frage greifen Sie der Strategiediskussion vor. Deshalb bekommen Sie nur eine unbefriedigende Antwort. Aber ich will Ihnen sagen, was mir aufgefallen ist: Es gibt eine große Zahl von

Verbänden und Vereinigungen, die sich um Fragen des ländlichen Raums kümmern. Aus dem Teilnehmerfeld des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung auf der Grünen Woche 2011 nenne ich die Arge-Landentwicklung, den Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL), den Bundesverband der Regionalbewegung, den Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum, die Initiative ländliche Infrastruktur. Ich erwähne ferner das „Netzwerk ländliche Räume“ bestehend aus mehreren Organisationen und Verwaltungen; das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ aus Tier- und Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiativen, Kirchen und Parteien; das Aktionsbündnis „Forum Natur“ der sog. Nutzerverbände, die nach eigenen Worten für den ländlichen Raum leben und arbeiten, und schließlich nicht zu vergessen den Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), der vor Jahren mit der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), dem Deutschen Landkreistag (DLT) und der ASG ein „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“ gebildet hat. Ich bin beeindruckt, wie viele Netzwerke und Aktionsbündnisse es gibt. Ich würde deren Arbeit und Wirken erst einmal analysieren und bewerten, um daraus in der Strategiediskussion abzuleiten, wo der Platz der ASG künftig sein soll.

Die Abfolge stelle ich mir so vor, dass zunächst Vorstand und Kuratorium aktiv werden und unmittelbar mit der Orientierungsdiskussion beginnen. Für die gemeinsame Sitzung im März/April 2011 in Frankfurt könnten wir den Entwurf eines Positionspapiers erarbeiten und verabschieden, der anschließend allen Mitgliedern der ASG zur Stellungnahme zugeleitet werden könnte. In der Herbsttagung 2011 könnte die Strategiediskussion dann zum Abschluss gebracht werden.

Wie bewertet der langjährige Agrarpolitiker Martin Wille die Vorschläge der EU-Kommission für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013? Welche Anforderungen müsste ein zukunftsweisender Reformvorschlag erfüllen?

Wille: In der Vergangenheit habe ich schon viele Mitteilungen der EU-Kommission zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik gelesen und bewertet. Die jüngste Mitteilung enthält besonders viel Lyrik, wie Prof. Kirschke während der ASG-Herbsttagung 2010 treffend geäußert hat. Das muss Gründe haben. Sie könnten darin liegen, dass sich in der Mitteilung alle gesellschaftlichen Gruppen wiederfinden, dass sie überzeugt und mitgenommen werden wollen. Daraus ergeben sich viele Wiederholungen und teilweise auch Widersprüche, so dass man ge-

neigt ist zu fragen, wohin die Reise denn nun gehen soll. Wenn ich mir den Textteil Herausforderungen ansehe, komme ich zu dem Ergebnis, dass für die EU-Kommission die Ernährungssicherheit die größte Herausforderung darstellt und dass dazu ein starker Agrarsektor unverzichtbar ist. Auch die Lebensfähigkeit und das Potenzial vieler ländlicher Gebiete, so die Kommission, hänge weiterhin vom Vorhandensein eines „wettbewerbsfähigen und dynamischen Agrarsektors“ ab. Gebremst wird das aber sogleich durch die Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Klimawandel, die nur ein umweltfreundliches Wachstum (intelligent, nachhaltig, integrativ) erlauben würden.

Klare Ziele und deren politische Gewichtung wären wünschenswert, ja sie sind unverzichtbar, um der Reform nach 2013 eine Richtung zu geben. Da es daran fehlt, bleibt die vorgeschlagene Politikoption 2 in vielen Punkten widersprüchlich, z. B.

- sollen die Direktzahlungen zwischen den Mitgliedsstaaten (gemeint sind wohl alte und neue) aus Gründen gerechterer Verteilung angeglichen werden, was z. B. für die deutschen Landwirte insgesamt eine Absenkung der Prämien bedeutet;
- würde der als Einkommensstützung vorgeschlagene Basissatz mit Deckelung für Großbetriebe und Zuschlägen für kleinere Betriebe weitere Verteilungseffekte zu Lasten größerer Betriebe und bestimmter Regionen verstärken;
- könnten durch sich kumulierende Verteilungseffekte andere Ziele (z. B. Wettbewerbsfähigkeit, Ressourceneffizienz) konterkariert werden;
- bleibt völlig ungeklärt, was eine „Eingrünung“ der 1. Säule unter Einbeziehung ergänzender, nicht vertraglicher Agrarumweltmaßnahmen (Prämien Ökolandbau?) und eines Ausgleichs für natürliche Einschränkungen (bisherige Ausgleichszulage) für die 2. Säule bedeuten könnte.

Die von der Kommission im ersten Halbjahr 2010 veranlasste Konsultation habe ergeben, dass eine überwältigende Mehrheit der Auffassung sei, dass auch eine künftige GAP eine starke gemeinsame, in zwei Säulen gegliederte Politik sein sollte. Nach meinem Eindruck würde die von der Kommission vorgeschlagene Politikoption 2 zu einer äußerst schmalbrüstigen 2. Säule führen. Ich bezweifle, dass sich daraus eine neue, sektorübergreifende ländliche Entwicklungspolitik ableiten lässt und dass die Mitgliedsstaaten den beschworenen Herausforderungen von Klima und Umwelt gerecht werden können. ■ Rainer Münch